

Der Machttransfer 2012–2013 in China und die Perspektiven: Neo-Autoritarismus, Rechtsstaat oder Demokratie?

Roland Benedikter & Verena Nowotny

**Zeitschrift für Vergleichende
Politikwissenschaft**
Comparative Governance and Politics

ISSN 1865-2646

Z Vgl Polit Wiss
DOI 10.1007/s12286-012-0135-4



Your article is protected by copyright and all rights are held exclusively by Springer Fachmedien Wiesbaden. This e-offprint is for personal use only and shall not be self-archived in electronic repositories. If you wish to self-archive your work, please use the accepted author's version for posting to your own website or your institution's repository. You may further deposit the accepted author's version on a funder's repository at a funder's request, provided it is not made publicly available until 12 months after publication.

Der Machttransfer 2012–2013 in China und die Perspektiven: Neo-Autoritarismus, Rechtsstaat oder Demokratie?

Roland Benedikter · Verena Nowotny

Zusammenfassung: Dieser Beitrag gibt einen Diskussionsanstoß in der Debatte über die gesellschaftspolitische Zukunft Chinas. Die Machtübergabe von einer im vergangenen Jahrzehnt erfolgreichen, an eine noch wenig bekannte und von zahlreichen Umbrüchen erschütterte Generation von Eliten innerhalb der herrschenden Einheitspartei zur Jahreswende 2012–2013, weckt Hoffnungen auf eine mögliche „meta-kommunistische“ Liberalisierung, wenn nicht gar auf Demokratisierung. Der Optimismus von Dissidenten, Zivilgesellschaftlern und nicht-chinesischen Politikern scheint heute so groß wie selten an neueren historischen Übergangspunkten des Landes. Doch gibt es dem entgegengesetzt innerhalb der herrschenden Einheitspartei auch Tendenzen zur Rückkehr zu einem „reinen“ Neo-Kommunismus. Gegenüber den „naiv realistischen“ Demokratisierungserwartungen lautet daher die – konstruktivistischere – These dieses Beitrags, dass angesichts der vorliegenden historischen Symptomatologien, statt der Hoffnung auf „rasche Demokratisierung“ ein gemäßigter Stufenplan in Richtung kultur- und kontextadäquate Öffnung ein vielversprechenderes Konzept ist: Zunächst Stabilisierung des bereits ansatzweise – sowohl nach innen wie außen erst nicht-systematisch und asymmetrisch – bestehenden „Meta-Kommunismus“; dann Durchsetzung eines Rechtsstaats; dann Fortschritt zu Aspekten illiberaler Demokratie; und schließlich Einleitung einer Phase kontext- und kulturadäquater Demokratisierung. Dieses Stufenkonzept bringt jedoch seine eigenen Probleme und Aporien mit sich, die so weit wie möglich vorurteilslos erwogen werden müssen. Insgesamt stellt der Beitrag *erstens* die Frage, wie statt eines „offensiven“ ein „gemäßigter“ Realismus in der Zukunftsantizipation Chinas vorherrschend werden kann; und *zweitens*, wie dieser auf heutige, konkret im Raum stehende Gesellschaftsphänomene des „Reichs der Mitte“ aufbauen kann.

Schlüsselwörter: China · Autoritarismus · Rechtsstaat · Demokratisierung Kontextuelle · Politikanalyse · Multipolare Weltordnung · Pazifische Konfrontation · Expansion versus Implosion · Stufenkonzept

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2012

R. Benedikter, PhD (✉)
FSI Stanford/The Europe Center, Stanford University,
616 Serra Street, Encina Hall C241, Stanford, CA 94305-6055, USA
E-Mail: rben@stanford.edu

V. Nowotny, MA
Politik- und Kommunikationsberatung, c/o Gaisberg Consulting Wien,
Lugeck 4, 1010 Wien, Österreich
E-Mail: verena.nowotny@gaisberg.eu

China's generational power transfer 2012–2013 and its perspectives: neo-authoritarianism, rule of law or democracy?

Abstract: This article provides a critical commentary on China's situation and future for the months of the generational power transfer at the end of 2012 and the start of 2013. The power transfer 2012–2013 is surrounded by an increasingly instable domestic situation where a seemingly outstandingly successful, but lately scandal-ridden generation of “meta-communist” leaders is passing the responsibility on to a generation of mixed expectations, eclatant shortfalls and poor visibility. It has nevertheless raised hopes for a “meta-communist” liberalization or even democratization. Dissidents, members of civil society and non-Chinese politicians have rarely been as optimistic as today during recent historical transition periods. However, contrary to these hopes, there seems to be a tendency to return to a “pure” neo-communism among the members of the ruling party. Countering the “naïvely realistic” expectations of democratization, we pursue a more constructivist hypothesis in our article. In light of the given historical symptomatology, it would be more promising to pursue a moderate step-by-step approach toward a culturally and contextually adequate liberalization instead of hoping for a “quick democratization”. Initially, the rudimentary (internally as well as externally non-systematic and asymmetric) “meta-communism” should be stabilized. The second step would be to implement the rule of law, then, characteristics of illiberal democracy should be introduced, and finally, the phase of culturally and contextually adequate democratization should commence. However, the step-by-step approach also entails problems and aporias. These should be considered as impartially as possible. Overall, we *first* ask how a more “moderate” instead of an “aggressive” realism could prevail in the anticipations of China's future and *second*, how this realistic perspective could build on current, specific social phenomena in “the middle kingdom”.

Keywords: China · Authoritarianism · Rule of law · Democratization · Contextual political analysis · Multipolar world order · Pacific confrontation · Expansion versus implosion · Step-by-step approach

1 Chinas Ambivalenz im Übergangsjahr 2012–2013

Obwohl es in der europäischen Welt weit weniger wahrgenommen wird, ist ein Ereignis mindestens ebenso wichtig wie die gleichzeitig stattfindenden US-Präsidentenwahlen zwischen Barack Obama und Mitt Romney am 06. November 2012: der generationale Machttransfer in China vom November 2012 bis April 2013. Die seit dem Streit ab April 2012 um die Inselgruppen der Paracel- und Spratly-Inseln im südchinesischen Meer zunehmend konflikträchtige Situation zwischen China und den USA im neuen globalen Gravitationszentrum: dem Pazifik, und die Perspektiven für die kommenden Jahre, können jedoch nur dann verstanden werden, wenn man die synchronen Machtveränderungen auf beiden Seiten des Pazifiks gleichermaßen und in Interaktion beachtet. Wenn man die Zusammenhänge in Amerika kennt (vgl. Benedikter 2012a): Was sind dann die zu erwartenden Entwicklungen auf chinesischer Seite?

Eine zunehmende Zahl von Beobachtern und Analytikern in der internationalen Gemeinschaft, insbesondere in den demokratischen Ländern des Westens, aber auch Dissidenten, Intellektuelle, Zivilgesellschaftler, Bürgerrechtler und Künstler in China selbst, hoffen, angesichts der – voraussichtlich ebenso weitreichenden wie unsicheren – Machtweitergabe zwischen den Generationen „spätkommunistischer“ Eliten im Novem-

ber 2012 auf rasche Weiterentwicklung der neuen „G-2“-Macht des 21. Jahrhunderts zu einer Demokratie – wenn zwar nicht westlich-liberalen Musters, so doch möglicherweise neuer, eigenständiger Karatur (Benedikter 2012b).

Diese Hoffnung hat viele Väter. Sie hat ihren Ursprung *erstens* in der Unsicherheit der Generationenweitergabe innerhalb der herrschenden Partei. Diese ist wachsenden Machtkämpfen und einer Reihe von Skandalen in 2011 und 2012 geschuldet, die nicht spurlos an der Kommunistischen Einheitspartei Chinas vorübergegangen sind – zumal diese sich, verstärkt durch die Konstellation allgemeiner Neupositionierung und Regruppierung ihrer Flügel und Kader, weder mehr im klassischen Sinn kommunistisch, noch bereits post-kommunistisch, sondern eher unentschieden, „gemischt“ links-populistisch und zum Teil sogar abwartend „metakommunistisch“ geriert.

Diese „metakommunistische“ Haltung und Atmosphäre wird jedoch nach außen und innen stark asymmetrisch gehandhabt. Im Inneren herrscht ein vergleichsweise großes Gefälle zwischen kommunistischen „Hardlinern“ auf dem Land und meta-kommunistischen (Proto-)Liberalisierern an den Küsten, in den Handelszentren und zum Teil auch in ethnisch sensiblen Zonen. Dieses Gefälle spiegelt den inneren Kampf zwischen „neuen Linken“, einer neo-fundamentalistischen Strömung zurück zum Kommunismus, und den „neuen Pragmatikern“, einer neutralen Mitte-Traditionalisten-Strömung wider. Beide setzen zunehmend symbolische Signale, um ihren Willen zur Selbstbehauptung im internen Machtkampf zu verdeutlichen.

Der Fall der Stadt Changsha, in der am 27. September 2012 ein ziviler Demonstrant gegen einen Straßenbau, dem sein Haus zum Opfer fallen sollte, sich auf die Straße legte, daraufhin auf Befehl des Vizebürgermeisters von einer Straßenwalze überrollt und die Leichenreste dann kommentarlos von der Polizei entfernt wurden, steht in krassem Gegensatz zu den „kontrollierten Entspannungspolitiken“, die lokale Politiker in Bezug auf die rasch wachsende Mittelklasse und die international informierten Handlungseliten in Schanghai oder Hongkong betreiben. Die Drohgebärden der „neuen Linken“ mit bewussten Anspielungen auf die Geschehnisse am Tiananmen-Platz sind kein Zufall, angesichts der sich in ihren Augen bedrohlich in Richtung „neue Mitte“ neigenden Parteikonstellation.

Ebenso ist der „neue Kulturkampf“ Chinas gegen amerikanische Filme, der seit 2009 die Schlagzeilen des Landes beherrscht und die Bevölkerung spaltet (Visetti 2009), Symptom sowohl der Unsicherheit der „Neuen Linken“ wie ihres dadurch hervorgerufenen Drucks, sich sowohl machtintern wie in der Bevölkerung Gehör zu verschaffen und Durchsetzungsfähigkeit durch manifeste Radikalisierung zu beweisen. Daher fordert sie seit 2009, „jugendschädigende“ US-Künstler wie Madonna müssten völlig zensiert werden, und westliche Lieder sollten vor Veröffentlichung vollinhaltlich ins Chinesische übersetzt werden müssen. Das ist der Versuch, den Bereich der Popkultur wieder unter Kontrolle zu bekommen, der sich aus Sicht der chinesischen Neo-Kommunisten im Zeitalter von Internet und globalen Kommunikationsmitteln verselbstständigt und außer Kontrolle geraten ist – mit unabsehbaren Folgen auf die neuen chinesischen Generationen, die dadurch einer „unkontrollierten Veramerikanisierung“ ausgesetzt seien (eine Einschätzung, die wahrscheinlich gar nicht so falsch ist, wie nicht zuletzt Hillary Clinton mit ihrer „soft power“-Theorie nicht müde wird zu betonen).

Auch die seit Jahren anhaltende „Kultur“-Kampagne gegen „westliche“ Filme, die bereits im Namen nicht zufällig an Mao Tse-tungs Agitation in Zeiten der „Kulturrevo-

lution“ erinnert, ist in den Augen selbst der ungebildeten Bevölkerungsmehrheit nur ein Versuch der kommunistischen Hardliner, die zunehmende Internet-Zensur zu verschleiern, indem man einen Anlass für sie konstruiert, um entsprechende „Erfolge“ parteiintern für sich zu verbuchen.

Damit in vielerlei Hinsicht vergleichbar ist auch die außenpolitische Haltung Chinas proportional zum sich nähernden Machtwechsel gespalten. Sie ist auf der einen Seite mit neokonservativ-nationalistischen Signalen verbunden – wie im Fall des seit August 2012 eskalierenden Inselstreits mit Japan, der von der „Neuen Linken“ zur wechselseitigen Identifikation von Einheitspartei, Nationalismus und konfuzianisch gefärbtem Kulturstolz genutzt wird. Dagegen wird er von der „Neuen Mitte“ in traditionalistischer Weise als Mittel der Nachsicht und der „stillen Größe“ Chinas stilisiert, indem diese statt „Reintegration“ der Gebiete „nur“ die Rückkehr zum *status quo* vor der japanischen Beanspruchung fordert.

Die Interpretationen innerhalb Chinas, warum Japan gerade im Jahr des chinesischen Machttransfers die bereits seit dem Zweiten Weltkrieg umstrittene und daher traditionell „neutral“ gehandhabte Inselgruppe nun plötzlich einseitig für sich fordert und dazu von einem angeblich in ihrem Besitz befindlichen japanischen Fischerssohn „zurückkauft“ – wobei niemand weiß, wie der Fischer, nur einer von vielen aus mindestens acht Nationen in dem Gebiet, in ihren Besitz gekommen sein soll -, sind entlang genau derselben inneren Bruchlinien ambivalent bis widersprüchlich. Während die Neo-Linken diese als Versuch der USA sehen, China auf Nebenschauplätze abzulenken und an bestimmten, an sich unwichtigen Punkten zu binden, um es einzugrenzen, hält die „Neue Mitte“ diese Scharmützel für vergleichsweise vernachlässigenswert gegenüber dem Augenmerk auf stetigem inneren Wachstum und größeren, für China langfristig wichtigen Zusammenhängen. Darunter sind die Ressourcensicherungsfrage und damit die Frage der Kontrolle der Malakka-Straße, die Expansion zu einer internationalen Seemacht, um Schifffahrtswege weltweit schützen zu können und damit den USA auf ihrem ureigensten Hegemonialgebiet, der Sicherung von Ressourcenwegen, Konkurrenz zu machen, aber auch die Frage, welche Strategie in den kommenden Jahren für Afrika gefahren werden soll.

Dieselbe, oft schwer zu entziffernde Doppelhaltung Chinas, die es inzwischen unberechenbarer als in den vergangenen Jahren macht, gilt im Übergangsjahr 2012 auch für seine Signale vorsichtiger Öffnung und „low-level-visibility“-Kompromissen, wie in den zumindest prinzipiell diplomatisch ausgleichsorientierten Haltungen Chinas in der europäischen Schuldenkrise oder betreffend die von der internationalen Gemeinschaft zunehmend geforderte Mäßigung seiner geopolitischen Expansionspolitiken in Afrika (Benedikter und Lee 2012a). Diese Signale der „Milde“ sind gleichzeitig in auffälliger Weise konterkariert von militärischem Säbelrasseln, der Beanspruchung des gesamten südchinesischen Meers als „natürliches“ Hegemonialgebiet, der Abhaltung gemeinsamer Seemanöver mit Russland, der Einrichtung einer Militärgarnison auf einzelnen der umstrittenen Inseln, dem allzu öffentlichen Test neuer Tarnkappenflugzeuge und allgemein der an Zahl rasch zunehmenden Einschüchterungsversuche von Chinas Nachbarn durch einzelne seiner Diplomaten sowie durch symbolträchtige, offensive Gesten wie im chinesisch-südkoreanischen Fischerstreit 2011–2012, als China, entgegen früherer Gepflogenheiten, sich nicht für die Missachtung des Seerechts entschuldigte, sondern vielmehr öffentlich forderte: „Behandelt unsere Fischer besser!“

Man kann davon ausgehen, dass die „Politik der Milde“ von den Mitte-Kadern ausgeht; die der „neuen Hegemonie“ von der neuen Linken. Während letztere bislang besser mit dem militärisch-industriellen Komplex verwoben scheint, weil sie diesen aufgrund ihrer offensiven Strategien in natürlicher Weise aufwertet, ist die definitive Positionierung von Militär und Rüstungsindustrie – darunter die an Bedeutung rasch wachsende Raumfahrtindustrie – nicht eindeutig. Zu welchem der beiden Flügel sie nach den Wahlen mittelfristig tendieren wird, ist eine der wichtigsten Fragen für die künftige Beurteilung Chinas. Im Übergangsjahr 2012–2013 jedenfalls tendiert das Militär klar zu einem neuen Nationalismus, der offensivere Züge als in den vergangenen Jahren trägt und daher Chinas Nachbarn zunehmend erschreckt. Dadurch werden sie in die Hände der USA getrieben.

Zu Recht hat Barry Buzan von der London School of Economics bei der Tagung „Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert“ an der Universität Potsdam im Oktober 2012¹ darauf hingewiesen, dass gerade mit dieser Fundamentalambivalenz chinesischer Signale nach außen, das Konzept eines „friedlichen Aufstiegs“ („*peaceful rising*“) Chinas, so vielbetont von der bisherigen chinesischen Führungsriege und so vielgelobt vor allem von der anglo-amerikanischen Machtsphäre bis 2011, auf mehrere Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hin gescheitert sein dürfte (Buzan sprach sogar von „Generationen“, was aber überzogen scheint). In der Tat ist die Tatsache, dass China, in den Worten Buzans, „seine Nachbarn seit einigen Jahren systematisch zu Tode erschreckt“, offenbar ein System mit Methode, das sich dem inneren Tauziehen zwischen Links und Mitte in der Einheitspartei verdankt, und von dem vor allem der militärisch-industrielle Komplex profitiert. Faktisch erwächst daraus ein Bonus für Chinas Rivalen. Denn es vermindert Chinas „Appeal“ und stärkt stattdessen den Widerstand der umliegenden Region sowie deren Rückbindungsbemühungen an die USA – und zwar trotz der offenbaren Krise des amerikanischen Verbündeten.

Allerdings verspielen eben gleichzeitig dazu auf der anderen Seite die USA, wo Barack Obama seitens seines Kontrahenten Willard „Mitt“ Romney und der Republikaner unter massivem Wahlkampf-Druck steht, endlich außenpolitisch militärische Stärke zu beweisen und Drohgebärden gegen China zu fahren, um innenpolitisch bei den Wechselwählern und in den „swing states“ zu punkten, ebenso ihre Glaubwürdigkeit als „Stabilisatoren“ der Region. So, wenn sie am 20. Oktober 2012 zur Machtdemonstration und Einschüchterung Chinas im Streit um die Paracel-Inseln den Flugzeugträger „George Washington“ in das südchinesische Meer beordern, um die Muskeln vor den pazifischen Verbündeten und der Welt spielen zu lassen – ein gefundenes Fressen für die „Falken“ der „Neuen Linken“ in Peking gegen die „Tauben“ der „Neuen Mitte“, geschuldet keineswegs weltpolitischen, sondern inneramerikanischen Wahlkampfpanforderungen (vgl. Hamburger Abendblatt 2012).

Interessant war in Potsdam die Reaktion des anwesenden Vertreters der chinesischen Regierung auf die Feststellung des Endes von Chinas „peaceful rising“. China strebe keine Hegemonie an, ihm gehe es um ein friedliches Umfeld für die eigene sozialökonomische Entwicklung. Dabei habe es traditionell keine Freunde, so Zhai Dequan vom

1 Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert. 5. Außenpolitische Tagung der Rosa-Luxemburg Stiftung in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift WeltTrends an der Universität Potsdam, 11.–12.10.2012.

chinesischen Außenministerium, das sei nichts Neues, sondern entspreche vielmehr Chinas eigenem Wunsch. Trotz der offiziellen Ein-Kind-Politik Chinas stellte sich Zhai als Vater von drei Kindern vor, was auf die Ungleichbehandlung von Bevölkerung und Parteikadern verweist. Auf die Frage von Ulrich Menzel: Wer sind heute eigentlich Chinas Freunde auf der Welt?, war Zhais Antwort: Es sei wichtig, zu verstehen, dass China keine Freunde außerhalb seiner „eigentlichen Grenzen“, das heißt einschließlich Taiwans, des südpazifischen Meeres und der mittlerweile auf mehr als 50 Mio. Menschen angewachsenen globalen chinesischen Diaspora brauche. China gehe seit seiner kommunistischen Eigenständigkeit grundsätzlich keinerlei Bündnisse mit wem auch immer ein, nicht einmal mit der Organisation der „Blockfreien“, und zwar aus Prinzip. China habe weltweit weder Freunde noch Alliierte, und es benötige ganz bewusst auch keine, weil es als „die Mitte der Welt“ (das ist die wörtliche Bedeutung des Wortes „China“) nur seiner eigenen Größe verpflichtet und überdies das Zentrum der künftigen Weltordnung sei, schon allein wegen seiner Bevölkerungszahl und geographischen Positionierung. China wolle und brauche nur Ruhe und ungestörte friedliche Entwicklung, um aufzusteigen.

Auf diese Weise erwies sich – da keine Fakten oder begründeten Meinungen entgegenstanden – ein weiteres Mal, dass Chinas heutige, fast immer wegen eigener Karriere-Ambitionen zwischen Falken und Tauben „gemischte“ Spitzenbeamte erfahrungsgemäß international nur zwei Aufgaben wahrnehmen, die sie „neutral“ vorbringen, und zwar umso eher, je mehr sie im Umfeld des Machttransfers 2012–2013 zwischen „linksnationalen“ und „Mitte“-Tendenzen stehen und dabei eine abwartende, bewusst ambivalente Haltung dem Aufspielen ihrer Karriere vorziehen: 1) Hören, was andere auf wichtigen Konferenzen in für China zentralen Zukunftsnationen wie Deutschland über die USA und China zu sagen haben, es global einzugliedern in das, was man über China sagt, und das Ganze nach Hause zu tragen; 2) Auch einige belanglose Dinge sagen, um zu zeigen, dass China „da ist“, ohne irgendetwas Wichtiges zu sagen und „nichts zu verraten“.

Interessant ist bei solchen Konferenzen im Übergangsjahr 2012–2013 und voraussichtlich bis zur Neuordnung der inneren Verhältnisse vorrangig, herauszufinden, wer da von Chinas Vertretern anwesend ist: „Neue Linke“ oder „Neue Mitte“, und wie diese Vertreter ihre eigenen Ambitionen mittels Neutralisierung von Positionen zu schützen versuchen – und dabei wiederum, wie sie das machen, nicht was sie sagen. Das spricht Bände für den noch immer, wenn auch mittlerweile deutlich zwiespältig „linienförmigen“ Charakter der chinesischen Diplomatie und die grundlegende Ambivalenz ihres „Weltvertrauens“.

2 Ein weiterer Aspekt der Demokratisierungshoffnung: „Post-Empire“-Depression des Westens

Eine Ursache der Hoffnung auf rasche Demokratisierung Chinas liegt also in den inneren Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Flügeln im Rahmen des Machttransfers. *Zweitens*, und vermutlich noch wichtiger, hat die Hoffnung auf Demokratisierung jedoch ihre Ursache darin, dass sich die westliche Hemisphäre derzeit gegenüber dem scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg des im Kern nach wie vor autoritären China, seines wachsenden pazifischen Einflusses und seiner an Zahl zunehmenden afrikanischen und „drittstaatlichen“ („blockfreien“) Trabanten in einer tiefen „Post-Empire“-Depression

befindet.² Da die eigene Kraft des Westens für eine Veränderung Chinas wegen multipler Krisen – wie die europäische Schuldenkrise und die tiefgreifende ideologische Polarisierung Amerikas – als zeit- und konstellationsbedingt nicht ausreichend eingeschätzt wird, um China zu verändern, im Gegenteil China kraft geschickter internationaler Parallelstrategien das seit den 1970er Jahren von der bisherigen militärischen Garantiemacht USA und der juridisch-institutionellen „Richtermacht“ Europa gemeinsam mittels einer Kombination von „hard power“ und „soft power“ geschaffene globale Ordnungssystem zunehmend von sich aus zu verändern beginnt (Leonard 2012), liegen die Hoffnungen auf Liberalisierung oder gar Demokratisierung Chinas, um dem relativen Abstieg globaler Demokratien – und damit ideengeschichtlicher Leitideen wie Freiheit, Individualität und Menschenrechte – entgegenzuwirken.

Doch diese Hoffnung ist von zahlreichen Widersprüchen durchzogen. Denn während der Westen mittels „soft power“ und den neuen sozialen Medien Einfluss auf die innere Fermentierung des Mittleren Reiches zu nehmen versucht, wird immer klarer, dass umgekehrt China seinerseits im Prozess ist, das vom Westen seit den 1990er Jahren geschaffene neoliberale Wirtschafts- und Finanzsystem geschickt gegen ihn selbst zu wenden. Und zwar indem es sowohl mit verdeckten wie offenen, meist monolateralen Zöllen auf Einfuhren bei gleichzeitigen Freihandelsabkommen, vor allem aber mittels des Gebrauchs des neoliberalen Freihandelssystems des Westens riesige, global agierende Firmen begründet – gespeist mit milliardenschweren Dollarreserven aus Chinas Außenhandelsüberschuss. Diese Firmen agieren wie private multinationale „Corporations“ und können unter diesem Deckmantel international frei agieren, befinden sich aber in Wirklichkeit zu 100% in Staatsbesitz und unter Kontrolle der Regierung, die sie bewusst als Mittel ihrer Globalstrategien einsetzt.

Damit kann China als Staat direkt gegen private Firmen vor allem im demokratisch-offenen, d. h. westlichen Ausland konkurrieren. Und es kann sich deren Know-how im unregulierten Wettbewerb letztlich relativ günstig aneignen, wenn dieses für China interessant ist, indem – scheinbar – eine „Private corporation“ (die chinesische) eine andere (Amerikanische, Europäische oder Afrikanische) aufkauft.

In Wirklichkeit ist der Wettbewerb zwischen den „Schein-Globalunternehmen“ Chinas und den „echten“ multinationalen Unternehmen des Westens sowie des „Rests der Welt“ ein Kampf zwischen David und Goliath. Es ist ein Kampf um Vorherrschaft, in den der Westen bislang kaum eingegriffen hat – ja den er, wie heute deutlich wird, bereits zu lange passiv geduldet hat. Wie sich nun zeigt, führt sich das westliche System des Liberalismus hier selbst ad absurdum. Der Westen beginnt das seit Sommer 2012 einzusehen – wie unter anderem die Wahlkampf-Ankündigung Barack Obamas vom 17. September 2012 zeigte, China vor der WTO wegen Verletzung von Freihandelsabkommen, bilateralen Verträgen und internationalen Wettbewerbsbestimmungen anzuklagen (dpa-AFX 2012).

Ein vergleichbares Problem ist Chinas mittlerweile umfangreiche Bemühung, internationale Firmenaktivitäten in den Dienst proto-militärischer Aktivitäten zu stellen. Es

2 Ein beispielhafter Ausdruck dieser – in der Stimmung zwischen oberflächlicher Resignation und nur teilweise reflektierter Fundamentalbewunderung für China schwebenden – „Post-Empire“-Depression ist Martin Jacques' viel zitiertes, aber ganz aus isolierter Londoner Sicht geschriebenes und in der Substanz ambivalentes „When China Rules The World“ (Jacques 2009).

ist kein Zufall, dass Barack Obama am 29. September 2012 zum wiederholten Male chinesischen Firmen monolateral verbot, in den USA aktiv zu sein, weil ihre – an sich ökonomische oder finanzielle – Tätigkeit die nationale Sicherheit Amerikas gefährdeten. Ein Argument, das im Übrigen in den vergangenen Jahren auch immer wieder von China ins Treffen geführt wurde, um unliebsame Akquisitionen westlicher Unternehmen in China zu verhindern. So hat „der US-Präsident chinesischen Firmen verboten, einen Windpark nahe einer Marinebasis zu bauen. Grund: Sicherheitsbedenken. Es gebe glaubwürdige Beweise, dass die Eigentümer ‚Maßnahmen ergreifen könnten, die drohen, die nationale Sicherheit der USA zu beeinträchtigen‘. So rechtfertigt US-Präsident Barack Obama sein Veto gegen den Verkauf mehrerer Windparks im Bundesstaat Oregon an ein chinesisches Unternehmen. In der Nähe des geplanten Energie-Projekts der Firma Ralls steht eine Basis der US-Navy, wo Drohnen und Flugzeuge für elektronische Kampfführung getestet werden. Die Ralls Corporation hatte dieses Jahr die vier Parks erworben, und muss sie nun weiterverkaufen. Offenbar fürchtet der Präsident Spionageangriffe der Chinesen. Betont wurde jedoch, dass dieses Veto ‚kein Präzedenzfall‘ für andere Investoren sei. Ralls-Mitarbeiter sind empört: Für die Entscheidung Obamas gebe es keinerlei Veranlassung“ (Kurier Wien 2012).

Chinas in vielerlei Hinsicht neo-koloniale, weil auf wirtschaftliche Abhängigkeiten hinauslaufende Politik in Afrika eröffnet ein weites Feld von Konflikten, in dem China derzeit überproportional viel Energie und Anstrengung investieren muss, um einerseits seine Interessen wahrzunehmen und zugleich seinen Ruf nicht weiter abgleiten zu lassen – ein Spagat, der in Zeiten globaler Expansion immer schwieriger wird und auf zunehmenden internationalen Widerstand stößt. Und worüber die inneren Kämpfe zwischen den Parteiflügeln derzeit nicht heftiger sein könnten.

3 Die These von der „Unvermeidbarkeit“ der Demokratisierung

In der westlichen Hoffnung von der Demokratisierung Chinas spielen in dieser komplexen Situation zwischen innen und außen zwar Fragen der – sowohl qualitativen wie quantitativen – Partizipationssteigerung nach liberalen versus illiberalen Mustern eine gewisse Rolle – also der Ausdifferenzierung und möglichst kontextadäquaten Anpassung der verschiedenen Aspekte von Demokratisierung auf das multiethnische und viel-dutzendsprachige chinesische Riesenreich, was, wie die Diskussion um die zahlreichen „gescheiterten Staaten“ der vergangenen Jahre gezeigt hat, noch komplexer sein dürfte als ursprünglich angenommen (vgl. Rotberg 2002; ECFR 2009; Foreign Policy 2011).

Doch dabei bleiben die Probleme von Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozessen in Schwellenändern, insbesondere in traditionell „unitarischen“ Zivilisationen wie der konfuzianischen (Nyitray 2006; Jochim 2006) für die meisten westlichen Beobachter und Entscheidungsträger bis auf weiteres zweitrangig gegenüber der *prinzipiellen* Hoffnung auf demokratische Tendenzen an sich. Letztere werden von der Mehrheit derjenigen, die China nicht nur von außen, sondern vor allem von innen, und nicht nur theoretisch, sondern in seiner gesellschaftlichen Alltagspraxis kennen, sogar mehrheitlich als unausweichlich für die kommenden Jahre postuliert.

Zu denen, die Chinas Demokratisierung für „unvermeidbar“ halten, gehören zum Beispiel der am 6. April 2012 verstorbene chinesische Dissident Fang Lizhi (1936–2012) (F. Lizhi, zit.n. Ramzy 2012), andere preisgekrönte chinesische Dissidenten wie Liao Yiwu (geboren 1958), aber auch einflussreiche westliche Berater der chinesischen Regierung wie zum Beispiel der ehemalige Direktor des UNO-Instituts für Wissenschaft, Technologie und Innovation, Ernst Ulrich von Weizsäcker (geboren 1939). Auch wenn, wie im Fall des am 14.10.2012 mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels ausgezeichneten Liao, die Kritik an Chinas System zeitweise überzogen scheint – so etwa, wenn er von einem „riesigen Müllhaufen China“ spricht, verwaltet von einem „Henkerregime“, und davon, dass „der Westen“ schuldig sei, das System indirekt zu stützen –, so wird doch seine Erwartung, dieses heutige System Chinas sei dazu verdammt, bereits in kurzer Zeit zusammenzubrechen, von vielen seiner Leidensgenossen geteilt (Jellici 2012).

Als Gründe für die von diesen Stimmen relativ einheitlich propagierte „Unvermeidbarkeit“ demokratischer Entwicklung, wie sie sie heute zwar nicht explizit, aber unterschwellig bereits weit fortgeschritten am Werk sehen³, werden unter anderem angeführt:

1. Die wachsende soziale Ungleichheit und die dadurch entstehenden Brüche in der chinesischen Gesellschaft, die nicht auf soziale und Verteilungsfragen begrenzt bleiben;
2. Die sich rasch verbreiternde Mittelklasse, deren natürliches Interesse Teilhabe ist;
3. Der – ironischerweise vorrangig im Austausch mit dem pazifischen Rivalen USA (Benedikter und Lee 2012b) – rasch zunehmende Bildungs- und Internationalisierungsgrad seiner Eliten. Dieser sorgt zumindest in Einzeldimensionen für eine unvermeidliche Verwestlichung mittels „soft power“, also durch Ansteckung mit Ideen der Individualität, persönlichen Freiheit oder der Menschenrechte;
4. Der global wachsende Trend zum Ethnonationalismus, der sich auch in Chinas Innerem auszuwirken beginnt und 2012 angesichts von mehr als 100 Minderheiten und 120 Sprachen und Ethnien nur mühsam unter Kontrolle gehalten werden konnte. Das zeigen u. a. die offiziell von der chinesischen Regierung selbst bekanntgegebenen 90.000 „Volksaufstände“ – nach offizieller Lesart definiert als Vorkommnisse, die mehr als 500 Menschen umfassen und im öffentlichen Raum stattfinden – allein in einem einzigen Jahr: 2011, wobei die reale Zahl nach Schätzungen exilchinesischer und westlicher Experten mutmaßlich doppelt so hoch ist (Beech 2012). Obwohl beileibe nicht alle diese Aufstände ethnischen oder kulturellen Problemen geschuldet sind, ist doch der Fermentierungsfaktor Ethnonationalismus auf dem besten Weg, zu einer zentralen Dimension des Umbruchs zu werden;
5. Die inneren Mechanismen und Triebkräfte des Kapitalismus, die das Land in Zeiten der Globalisierung und Chinas überproportionaler Exportabhängigkeit auf natürliche Weise entgrenzen. Damit schließen sie es unweigerlich stärker mit dem von den westlichen Demokratien dominierten Finanzmärkten einschließlich der dazugehörigen Gesellschaftspraktiken zusammen. Das dürfte Chinas bislang, trotz starker internationaler Vernetzung, auf der sein Wirtschaftswachstum bereits seit zwei Jahrzehnten beruht, vergleichsweise erfolgreich isolierten Eigenspielraum nach und nach einschränken. Ansätze dazu zeigen sich bereits heute zum Beispiel im Hinblick auf das

3 E. U. v. Weizsäcker im Gespräch mit Roland Benedikter, Santa Barbara, Februar 2008.

wohl erfolgreichste politisch-wirtschaftliche Spiel Chinas der vergangenen Jahre: das Währungsspiel, mit dem noch immer mittels staatlicher Intervention künstlich weit unterbewerteten Yuan in Zeiten globalisierter Währungsströme (Benedikter und Lee 2012b).

Mittels der weniger durch *einzelne* dieser Faktoren, sondern vielmehr durch ihre *Kombination* mutmaßlich *progressiven* Beraubung seines Sonderstatus als „kommunistischer Halbkapitalismus“ autoritären und kollektivistischen Zuschnitts, so der Tenor der Hoffnungen, werde China innerhalb der kommenden Jahre mehr oder weniger notwendigerweise seine bereits vorhandenen „metakommunistischen“ Praktiken konsolidieren und ausbauen, und im Anschluss daran relativ schnell demokratisch werden– oder aber an seinen rasch wachsenden inneren Widersprüchen zerbrechen müssen.

4 Eine Gegenstimme: Warnung vor zu großen Hoffnungen

Doch so übereinstimmend diese Hoffnung im Übergangsjahr 2012–2013 vorgebracht wird – ist sie realistisch? Oder ist sie überzogen? Liegt vielleicht im Gegenteil, statt in der Beschleunigung von Geschwindigkeit, der nächste Schritt der demokratiepolitischen Entwicklung Chinas vielleicht gerade in der Verlangsamung: in der Aufwertung der *schrittweisen*, „aufbauenden“ Weiterentwicklung des chinesischen Riesenreichs von einem autoritären in einen Rechtsstaat – also in der „gleitenden“ Schaffung der institutionellen, administrativen und gesellschaftspolitischen *Voraussetzungen* für stabile und nachhaltige Demokratisierung? Und wenn ja: Wie verhielten sich in diesem Fall „gemäßiger“ versus „offensiver“ Realismus zueinander – also die beiden Hauptströmungen des Paradigmenkampfs zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien in der gegenwärtigen Umbruchphase internationaler Machtbeziehungen?

Obwohl diese Fragen in Europa als politisch inkorrekt erscheinen mögen, weil hier im Prinzip Demokratie „immer gut“, alle dazu vorhergehenden Aufbau- und Zwischenformen im Prinzip immer „weniger gut“ und also notgedrungen als eine Art Abweichen von der demokratischen Idee gelten, so müssen sie doch aus einfachem Realitätssinn gestellt werden. Die vergleichsweise puristische Haltung Europas erwächst legitim aus seinem Kulturraum einer nicht ergebnis-, sondern aktorientierten „Prinzipienethik“ (Kant). Doch Tatsache ist, dass die meisten anderen Weltgegenden, darunter auch und zunehmend entscheidend China selbst, nicht wie Europa nach „Prinzipienethik“, sondern nach „Folgenethik“ (Hobbes) agieren: Die konkreten Folgen des Handelns sind der Maßstab, nicht die inhärente Qualität des Aktes des Handelns (vgl. Sandel 2009). Daher sind für China, ebenso wie im übrigen für die ebenfalls hobbesianischen USA, die Folgen und praktischen Ergebnisse eines Vorgehens zur ethischen Bewertung heranzuziehen, nicht vorrangig die Akte und Mittel dazu wie für Europa.

Damit sind zwei im globalen Vergleich heute miteinander in dialektischer Beziehung stehende, verschiedene Sichtweisen auch zwischen den offenen atlantischen Gesellschaften beschrieben. Sie führen zu unterschiedlichen Wertungen darüber, ob Chinas Machttransfer 2012–2013 eher Chance oder Hindernis für demokratiepolitischen Fortschritt ist, und was die Perspektiven sein werden.

5 Chinas Machttransfer 2012–2013: Chance oder Hindernis für demokratiepolitischen Fortschritt?

Die Schwierigkeit ist in der Tat, dass sich Chinas zwischen 2012 und 2013 vollziehende Machtübergabe als beides: sowohl als Chance wie auch als Hindernis für Liberalisierung und Demokratisierung erweisen kann. Die gegenwärtige Situation der Ambivalenz und „Schwebe“ hat jedenfalls wenige Beispiele in der neueren chinesischen Geschichte.

Schon zu Beginn 2012 waren sich die Auguren einig, dass das heurige „Jahr des Drachen“ ein außergewöhnliches werden würde. Generell werden Drachen-Jahre – die einzige nichtreale, mythische Figur neben den elf anderen, konkret realitätsabbildenden Tier-Zeichen – als Phasen des Umbruchs, der Katastrophen und Turbulenzen prognostiziert. Frühere Drachen-Jahre scheinen vielen Chinesen diese Theorie zu bestätigen: 1964 zündete China seine erste Atombombe. Mao Tse-tung leitete die „Große Proletarische Kulturrevolution“ des Folgejahres 1965 ein. Im Drachen-Jahr 1976 erschütterte das große Erdbeben von Tangshan Nordchina. Zwei Männer, die Chinas Geschicke bestimmt hatten, Mao Tse-tung und Zhou Enlai, starben. Das Drachen-Jahr 1988 brachte die ersten Liberalisierungsschritte durch Deng Xiaoping, was einen Paradigmenwechsel in China einleiten sollte.

Ob die rätselhaften Vorkommnisse um den Partei-„Kronprinzen“ Xi Jinping, der im September 2012 wochenlang ohne weitere Erklärungen verschwand, was im Nachhinein von den offiziellen Medien außergewöhnlich kurz mit „plötzlicher Erkrankung“ entschuldigt wurde (Spiegel online 2012), ebenfalls den „normalen“ Abnormalien eines Drachen-Jahres geschuldet sind, sei dahingestellt. Doch die sich auffällig häufenden Skandale um Korruption und Machtmissbrauch der kommunistischen Eliten und ihrer Familienangehörigen sind irritierende Alarmsignale. Wie zum Beispiel der für viele Chinesen symbolische „Ferrari-Skandal“ vom April bis August 2012 in Peking, als der Sohn eines Politbüromitglieds in seinem Ferrari auf der Pekinger Stadtautobahn in Begleitung zweier Gespielinnen nackt bei Sexspielen während der Fahrt tödlich verunglückte (Focus online 2012). Die Bevölkerung fragte sich nicht nur, wie sich der 23-jährige Sohn einen Ferrari um 280.000 € leisten konnte, wenn sein Vater doch offiziell 12.000 US-Dollar pro Jahr verdient. Sondern sie war auch erzürnt über die monatelangen Versuche der Regierung, den Vorfall zu verschleiern und den Namen des Verunglückten zunächst zu ändern, dann geheim zu halten.

Die Synchronie dieser Krisen-Symptome auf verschiedensten Strukturebenen des bestehenden China lässt erwarten, dass der Machttransfer 2012–2013 keinen entscheidenden Anstoß für rasche Veränderung, sondern eher Anlass zu Bemühungen um Stabilisierung des Bestehenden und „Kontinuität“ geben wird. Denn in Zeiten der Krise und des Umbruchs haben Chinas Machthaber seit jeher Stabilität, wenn auch erzwungene „Harmonie“ und Kontinuität Revolutionen, und seien es auch „gutartige“, vorgezogen (Mao Tse-tung war hier die einzige Ausnahme).

Dazu kommt als *zweiter* Faktor gleichzeitig die äußere, rasch an Schärfe gewinnende Wettbewerbssituation mit den USA bei tiefer, wenn auch unterschiedlich gelagerter Krise *beider* pazifischer Rivalen. Das hat zum Beispiel der bereits erwähnte Inselstreit im südchinesischen Meer mit zunehmender Militarisierung und – üblich zahlreichen – Fällen

der gesamt pazifischen Eskalation als ein prägendes globalpolitisches Leitmotiv des Jahres 2012 angezeigt (Benedikter 2012c).

Der im Hintergrund zugrundeliegende bilaterale Mechanismus ist folgender: Weil beide G-2-Mächte in sich zunehmende Bruchlinien aufweisen und nach innen instabiler werden, tendieren sie instinktiv dazu, nach außen aggressiver aufzutreten, um Selbstbehauptung zu beweisen – und zum Teil bewusst, zum Teil unbewusst mittels äußerer Konfrontation Einheit nach innen zu erzeugen. Diese Gesetzmäßigkeit war immer der Fall; und sie wird voraussichtlich auch in den kommenden Jahrzehnten, die auf *beiden* Seiten des Pazifik vom Trend der „Auflösung der Nationalstaaten“ nicht zuletzt mittels Ethno-Nationalismen, sozialer Komplexitätszunahme, technologischer Entgrenzung, Entsolidarisierung, Zunahme transnationalen Wettbewerbs und globaler „Californication“ (also der Verbindung von Lebensstilentgrenzung und Individualisierung mit technologischer Avantgarde) dominiert sein werden, der Fall sein. China wird hier voraussichtlich weder in der Grundtendenz noch in der grundsätzlichen Wirksamkeit dieser Faktoren auf seine Politikdimensionen eine Ausnahme machen – und zwar weder auf der Mikro-, Meso- noch der Makro-Ebene.

6 Chinas doppelte Spaltung

Insgesamt befindet sich China in den Monaten des Machttransfers plötzlich im „Post-Einheitselite“-Zeitalter – und zwar gleichermaßen in beiden Dimensionen: nach innen und nach außen. Zusammenfassend gilt:

Nach innen treten Abgründe zwischen Stadt und Land sowie zwischen Mittelstand und Arbeiterklasse auf, während sich die Parteiflügel erbitterte Führungs- und Verdrängungskämpfe liefern, die 2012–2013 einen Großteil ihrer Energie unproduktiv binden. Hinzu kommt der neue Wettbewerb um den militärisch-industriellen Komplex, der das Gesamtmodell der bisherigen „gemischten Befriedung“ zwischen autoritären und „konfuzianischen“ Politikstilen bis in seine Fundamente hinein in Frage stellt. China scheint erstmals seit mehr als einem Jahrzehnt nicht in der Lage, „integrative“ Lösungen für den Übergang von der Billiglohn- und Niedrigtechnologiearbeit zu mittleren internationalen Standards, wachsende Inflation, Immobilienblase, stagnierende Mittelklasselöhne, die Anforderung, Hochtechnologie und Knowhow zu akquirieren, um international Exportführer zu bleiben, sowie für den Ausgleich zwischen Handelsbilanzüberschuss und politisch konsensfähigen Investitionen zu generieren.

Nach außen scheint ein wachsender Zwiespalt zwischen konservativ-gemäßigter und aggressiv-fundamentalistischer Außenpolitik zu bestehen. Chinas Verhalten wird für die Jahre des Machttransfers unberechenbarer – was für traditionelle chinesische Grundüberzeugungen, dass Konsequenz, Stabilität und Berechenbarkeit die wichtigsten Bestandteile von Außenpolitik sind, einer „Verwahrlosungsphase“ gefährlich nahekommt. Eine solche Phase wurde zwar bislang nicht zuletzt wegen der Straffung der Zügel durch die in Kürze abtretende Führung noch nicht ernsthaft erreicht, aber sie steht wie ein Schatten im Raum – zumindest aus der Sicht jener wachsenden Gruppe chinesischen Eliten, die sich im Hinblick auf den Machttransfer vernachlässigt oder unberücksichtigt fühlen und

deren Spektrum sich in den vergangenen Jahren massiv über Kader- und Familiengrenzen hinaus verbreitert hat.

Diese zwei Problemdimensionen führen zusammengenommen dazu, dass Brüche und Ambivalenzen, ja offene innere Dialektiken innerhalb der Eliten sichtbar werden. Die „klassische“ Folge dürfte sein, dass diese insgesamt eher bewahrende als innovative Tendenzen entfalten werden, wenn nicht dramatische Signalereignisse eintreten, was unwahrscheinlich erscheint und jedenfalls kein Planungsfaktor sein sollte. Hoffnungen auf rasche Demokratisierung könnten in dieser Lage verfrüht, weil der Komplexität der innerchinesischen Konstellation unangemessen sein.

7 Proteste und Aufstände: Forderungen nach Demokratie oder pragmatischer Protest gegen bestehendes Unrecht?

So warnt eine Reihe von China-Kennern vor dem voreiligen Ausrufen einer „nachhaltigen“ Demokratiebewegung in Zeiten des Machttransfers, weil dies möglicherweise mit dem bestehenden ebenso wie mit dem traditionellen chinesischen Selbstverständnis nur wenig gemein hätte. James Kyngge, langjähriger *Financial Times*-Korrespondent in China, erinnert an vergangene, wiederholte Euphorien des Westens, die sich immer wieder als unbegründete Illusionen erwiesen haben. So analysierte Kyngge anlässlich des 20jährigen Gedenkens an die Ausschreitungen am Pekinger Tiananmen-Platz 1989, dass der Westen einer vereinseitigten Interpretation der Geschehnisse im Sinn einer „Pro-Demokratie-Bewegung“ nachhänge. Die Wahrheit sei im historischen Überblick weniger eindeutig gewesen:

Fast alles fiel dem Namen nach unter die Beweggründe dieser Bewegung, und zwar in äußerst ungeordneter Mischung: Protest gegen Korruption, Nepotismus, Inflation, Polizeibrutalität, Bürokratie, Privilegien, Medienzensur, Verletzung von Menschenrechten, schlechte Studentenunterbringung, aber eben auch Widerstand gegen die Niederschlagung demokratischer Tendenzen. (Kyngge 2009)

Nur ein einziger dieser Beweggründe hätte die Ereignisse nicht auslösen, geschweige denn über einen längeren Zeitraum am Leben erhalten können. Denn Protest ist nicht in der konfuzianischen Kultur und ihrer Gesellschaftsethik verankert. Kyngge lädt dazu ein, westliche Beobachter sollten daraus lernen und die wahre Komplexität der Beweggründe sehen, die auch im heutigen China für wachsende Unruhe und Instabilität sorgen – statt eine vom Westen gewünschte Wahrnehmung eines „Demokratisierungsbemühens der Bevölkerung“ als historische Wahrheit zu verkünden, die mit den in Wirklichkeit sehr diffusen und zum Teil auch ephemeren Anliegen hinter dem heutigen Umbruch kaum zu tun hat. Demnach würde die Zuspitzung der um sich greifenden Proteste auf „Demokratisierung“ für größere Teile der Bevölkerung unrealistisch sein und letztlich in die Hände derjenigen spielen, die in neo-kommunistischem Interesse die angeblich permanenten Bestrebungen des Westens anprangern, den Aufstieg Chinas mit allen Mitteln zu verhindern (darunter eben mittels der „Demokratisierungs-Propaganda“).

Die zugrunde liegenden Motive für die meisten „Volksproteste“ im gegenwärtigen China scheinen bei genauerer Betrachtung tatsächlich weniger westlich geprägte „Demo-

kratie-Sehnsüchte“ zu sein, sondern in der Mehrheit sehr pragmatisches Unrechtsempfinden. Ob korrupte Beamte oder Zwangsabtreibungen aufgrund der verordneten Ein-Kind-Politik, Hausarreste ohne Rechtsgrundlage oder Enteignungen ohne angemessene Entschädigungszahlungen, unzumutbare Arbeitsbedingungen in Fabriken oder missachtete Umweltauflagen – es mangelt nicht an prominenten oder weniger auffälligen, aber stets drastischen Fällen, die den chinesischen Bürgern täglich vor Augen führen, dass auf das bestehende Rechtssystem kein Verlass ist. „Wenn man sich diese Proteste genauer ansieht, dann wird man feststellen, dass fast alle aufgrund des Missbrauchs von Regierungsmacht stattfinden, nicht primär aus Demokratisierungswünschen“ (Beech 2012), konstatiert der chinesische Ökonom Mao Yushi, regierungskritischer Anhänger der freien Marktwirtschaft.

Darunter ist etwa der Fall des blinden Abtreibungs-Frauenanwalts und Gegners der Ein-Kind-Politik Chen Guangchen, dem im April 2012 die Flucht aus dem Hausarrest und in Folge die Ausreise in die USA gelang. Chen, der aufgrund seiner Anwaltstätigkeit sowohl eine Haftstrafe verbüßen musste als auch mit seiner Familie ohne weitere Angabe von Gründen unter Hausarrest gestellt worden war, zieht folgenden Schluss in Hinblick auf die aktuelle Entwicklung Chinas: „Die grundlegende Frage, mit der sich Chinas Regierung auseinandersetzen muss, ist Rechtsunsicherheit. China mangelt es nicht an Gesetzen, sondern an Rechtsstaatlichkeit. (...) Chinas politische Stabilität wird davon abhängen, ob es imstande ist, Rechtsstaatlichkeit zu etablieren in einem Land, wo diese praktisch nicht existent ist.“ (Guangcheng 2012)

Aber auch der Prozess vom Sommer bis Frühherbst 2012 gegen Gu Kailai, die des Mordes an einem Briten beschuldigte Ehefrau des gefallenen Polit-Stars Bo Xilai, der im Schnellverfahren und ohne Zeugenanhörung abgewickelt wurde und zu einer Verurteilung zu einer in letzter Instanz in eine Haftstrafe umgewandelte Todesstrafe führte, wurde in chinesischen Blogs im Sinn einer inzwischen offenbar geradezu universalen Frustration kommentiert: „Stiehl einen Fischhaken, und sie hängen dich auf. Stiehl ein ganzes Land, und sie machen dich zum Prinzen“, lautete ein in diesem Zusammenhang häufig gepostetes chinesisches Sprichwort (Jacobs 2012).

Das „offizielle“ System-China sieht dies naturgemäß anders. Es wird nicht müde zu betonen, dass China ein Rechtsstaat, wenn auch mit „chinesischen Eigenheiten“ sei. Was aus Sicht der chinesischen Regierung gelungen ist, sei, dass „unter der Führung der Kommunistischen Partei China und das chinesische Volk (...) sukzessive den Weg eingeschlagen haben, ein sozialistisches Land entsprechend der Rechtsstaatlichkeit aufzubauen.“ (China State Council Information Office 2008)

Eher als eine Realität ist das aber aus Sicht der Bevölkerung bis heute im besten Fall ein Vorhaben. Man kann der chinesischen Führung die entsprechende Redlichkeit der Zielsetzung durchaus zusprechen – aber man kann die Abgründe zwischen Realität und Wirklichkeit dabei ebenso wenig übersehen, wie das die meisten chinesischen Bürger tun. Die im „Weißbuch zu Chinas Rechtsstaatlichkeit“ aus dem Jahr 2008 festgehaltenen (und in Folge in weiteren von der Regierung veröffentlichten Dokumenten fortgeschriebenen) Prinzipien verdeutlichen in Wahrheit nur die Probleme, mit denen die chinesische Führung bei diesem Vorhaben konfrontiert ist (China State Council Information Office 2008). Diese Probleme sind nicht operativer, sondern struktureller Natur. Sie liegen in

der Natur der Einheitspartei begründet, die der Rechtsstaatlichkeit entgegensteht. Was ist damit gemeint?

8 Die nicht enden wollende Differenz: Chinesische „Variationen“ des westlichen Begriffs von Rechtsstaat

Zwar werden die chinesischen Bürger als Herrscher über Land und Rechtsstaatlichkeit postuliert – doch nur unter der Bedingung, dass sie die Kommunistische Partei als oberste Autorität im Allgemeinen und auch in gesetzlichen Belangen anerkennen. Damit wird ein fundamentaler Unterschied zwischen China und der westlichen Welt in der Auffassung deutlich, was unter Rechtsstaatlichkeit zu verstehen ist. Dieser Unterschied sollte unseres Erachtens für jede weitere Entwicklungseinschätzung Chinas seitens führender westlicher Politiker, Zivilgesellschaftler und Wissenschaftler eine zentrale Interpretationsachse sein. Worin genau besteht der Unterschied?

Erstens: Nach westlichem Verständnis bedeutet Rechtsstaatlichkeit, dass geltendes, „geschriebenes“ Recht über allem und jedem steht und von unabhängigen Institutionen auch konsequent durchgesetzt wird. Die chinesische Einheits-Führung dagegen kann (und will) nicht soweit gehen, ihre eigene absolute Autorität in Frage zu stellen, wenn die Herrschaft der „einen Wahrheit“ und ihrer Partei gewahrt werden soll gegen innere Konkurrenz – darunter auch gegen die Konkurrenz eines Rechtsstaates, der über den Parteien stünde. Daher kann „Rechtsstaatlichkeit“ für die herrschende Einheitspartei sowohl in Begriff wie in Prinzip nur ein untergeordnetes Prinzip zur absoluten Herrschaft der Kommunistischen Partei sein – und damit wiederum nur ein Werkzeug in Händen der jeweiligen politischen Führung, das diese nützt, um ihre eigene Legitimität zu stärken.

Das heißt *zweitens:* Sei es nun die alte, oder sei es, wie in Bälde, die neue Führung: Beide sind zumindest in ihrer Selbstsicht nur „Austauschelemente“ ein und derselben ideologischen Grundierung. Nur diese scheint Kontinuität, Einheit, Stabilität und Harmonie zu garantieren, wie es der Konfuzianismus in seinen gesellschaftspolitisch relevanten Interpretationen spätestens seit der chinesischen Erfahrung des Zweiten Weltkriegs vorsieht – und zwar mit der Kern-Zielsetzung, den „Berg, der sich nicht bewegt, weil er so groß ist, dass er sich nicht zu bewegen braucht, sondern nur warten muss“, so zu bewahren, wie er ist. Es gilt nicht nur aus Sicht der Herrschenden, sondern auch der Traditionalistisch-Konservativen, zu denen Teile der „Neuen Mitte“ gehören, ein Sein zu bewahren, das an sich jenseits von Kommunismus oder Kapitalismus steht: das Sein der weltweit wichtigsten nicht-messianischen Weltordnung, die sich dem westlich-christlichen Messianismus zusehends als „andere“, aus chinesischer Sicht pragmatisch-vernünftiger Menschheitsperspektive entgegengesetzt.

9 Wie wird man China und seiner spezifischen Kultur gerecht?

Doch um Chinas spezifischer Situation auch im rechtsstaatlichen Bereich gerecht zu werden, wäre es zu kurz gegriffen, die rechtlichen Bedingungen einfach als unzureichend oder, was angesichts der Realität für westlich geschulte Beobachter heute naheliegender

ist, als willkürlich zu bezeichnen. Kulturelle und historische Besonderheiten müssen in die Beurteilung miteinbezogen werden. Andererseits sind diese keine Entschuldigung für Missbrauch. Nur zusammengesehen machen beide Faktoren einen Sinn: Kultur als Grundlage für die chinesischen „Variationen“ des Begriffs von Rechtsstaat, die aber umgekehrt ihrer Verantwortung für politische Fehlentwicklungen nicht enthoben werden darf.

In diesem Sinn geht zum Beispiel Henry Kissinger in seinem Buch „Über China“ (2011) zu Recht detailliert auf kulturelle Unterschiede zwischen China und den USA ein, die bis heute – und gerade in Zeiten beidseitigen Übergangs – politikprägend wirken. Kissinger weist auf der Grundlage von fünf Jahrzehnten Erfahrung darauf hin, dass China „anders“ funktioniert.

Laut Kissinger besteht der Ursprung der allgemeinen chinesischen Politik-Haltung und des grundsätzlichen chinesischen Politikzugangs darin, dass in Zeiten des Kaiserreiches „der Kaiser“ Dreh- und Angelpunkt des chinesischen Weltbildes war. „Postmodern“ ausgedrückt, war er der „Herrnsignifikant“ eines ganzen Systems von komplex korrelierten Signifikanten und Signifikaten. Das scheint bis heute so geblieben zu sein – wenn auch unter den veränderten ideologischen Bedingungen des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts. So, wie es Aufgabe und Fähigkeit des alten chinesischen Kaisers in der Einigungsphase des Reiches der Mitte war, die Welt in Harmonie zu halten, so versteht sich, so Kissinger, bis heute die chinesische Führung als beauftragt, diese universale Harmonie „wieder herzustellen“, sowie – soweit bestehend (also mit Ausnahme von Taiwan, südchinesischem Meer, chinesischer globaler Diaspora, und anderer Aspekte, die noch der Lösung harren) – aufrechtzuerhalten.

Als Folge davon scheint „Fortschritt“ im westlichen Sinn für Chinesen im kulturellen und zivilisatorischen Sinn kein primär wünschenswertes Ziel zu sein. Das Ziel ist vielmehr die „Wiederherstellung“ oder „Rückführung“ einer gegebenen historischen, zivilisatorischen und kulturpolitischen Situation in einen im Prinzip immer schon bereits bestehenden idealen Zustand. Dieser überschreitet alles Bisherige auf das „real existierende“ Ideale hin, und zwar im Sinn einer ausgewogenen, ruhigen Harmonie zwischen Himmel und Erde – also auf ein Sein hin, das einfach nur sein will, und nicht „woanders hinstrebt“. Es geht dem traditionellen chinesischen Selbstverständnis nicht um eine „Verbesserungsvision“, sondern viel eher um ein Dasein, das in sich selbst genug hat. Mit anderen Worten: Chinesen wollen *idealiter* einfach nur zwischen Himmel und Erde sein – ohne eschatologisches Ziel, ohne Messianismus, ohne höhere Mission, wenn nicht die der Harmonie. Das macht die chinesisch-konfuzianisch-taoistisch-buddhistische Mischkultur so besonders, vor allem im Vergleich zu den im Prinzip ambitiös-endzeitorientierten Kulturen des abrahamitischen Bereichs (Christentum, Islam, Judentum) sowie zu jenen des in vielerlei Hinsicht „Jenseits-von-dieser-Erde“-orientierten Ostens (Indien, Südostasien).

Das bedeutet: Insbesondere die spezifische Mischung aus Konfuzianismus und Taoismus definiert bis heute die chinesische Kultur insofern, als sie sie als pragmatisch in sich gegründete, politisch sowie kulturell homogenisierte (und mittels des Konfuzianismus bis heute auch aktiv homogenisierende) konstituiert. Insofern treffen sich Konfuzianismus als traditionelles Sozialregulativ und Kommunismus als zeitgemäße, wenn auch historisch mittlerweile verspätete, wenn nicht überholte Ordnungsmacht in einer Perspektiveneinheit auch noch im heutigen China.

10 Kontrolle ist besser: Chinas Führung vertraut seinem Volk nur bedingt

In den vergangenen 30 Jahren des Aufschwungs der chinesischen Volksrepublik hat sich an dem damit verbundenen Einheits-, Harmonisierungs- und Führungsanspruch der chinesischen Eliten sowie ihrer grundsätzlichen Motivation nichts geändert. Um ideologische Brüche zu vermeiden, mutierte der Kommunismus in einen „Meta“-Kommunismus, also gleichsam zu einem staatlich sanktionierten Kapitalismus. Dieser resultierte in einem den neuen Gegebenheiten angepassten Pakt der Eliten mit dem Volk: „Die Regierung gestattet den Bürgern, reich zu werden, solange sie die politische Weisheit ihrer Führer nicht in Frage stellen.“ (Beech 2012)

Doch nicht alle Bürger halten sich an diesen Pakt. Vor allem das Internet entpuppt sich als schwer zu beherrschende Front im Kampf um Disziplin und Stabilität. Die „Große Feuer-Mauer“, die in China seit Jahren um die Nutzung des Internet gezogen wird, verhindert zwar populäre Social Media-Anwendungen wie *Twitter* oder *Facebook*. Doch allein auf *Sina Weibo*, der diesen in etwa entsprechenden chinesischen Blogger-Plattform, ist die Zahl der Nutzer in den vergangenen 2 Jahren von 50 auf 300 Mio. gestiegen. Diese publizieren dort täglich mehr als 100 Mio. Einträge und entwickeln dabei hohe Kreativität (oft gepaart mit Humor), um die staatliche Zensur zu umschiffen.

Damit rütteln die chinesischen Internet-Blogger massiv an einer der Grundfesten, die von der Führung mit allen Mitteln geschützt wird: der Aufrechterhaltung sozialer Stabilität. Diese, chinesisch *weiwen*, dient der Führung bis heute als Mantra-artige Motivation für Maßnahmen und Instrumente, die westliche Beobachter ebenso wie chinesische Dissidenten nicht zu Unrecht an Orwellsche Methoden gemahnen:

- Unter dem Titel der „Öffentlichen Sicherheit“ wurde eine Überwachungsmaschinerie entwickelt, für die allein im Jahr 2011 laut Schätzungen von unabhängigen chinesischen Journalisten insgesamt 624 Mrd. RMB (77 Mrd. €) ausgegeben wurde – mehr als das offizielle Budget für nationale Verteidigung. Das tatsächliche Budget für „Öffentliche Sicherheit“ ist schwer zu ermitteln, da mehrere Ministerien mit dieser Aufgabe betraut sind und so auch die finanziellen Aufwendungen in diversen Budgets „versteckt“ sind. Als sicher kann jedoch gelten, dass China für „innere“ Verteidigung mehr ausgibt als für „äußere“ – was in Zeiten der wachsenden pazifischen Konfrontation mit den USA und ihren Verbündeten zu denken geben muss.
- Das Instrument der „Briefe und Besuche“ („*xinfang*“) sollte theoretisch chinesischen Bürgern die Möglichkeit geben, ihre Sorgen, Beschwerden und Anliegen bei lokalen Behörden zu artikulieren. Da aber der Erfolg von Beamten daran gemessen wird, wie hoch die soziale Stabilität in ihrem Einflussbereich, und damit: wie gering die Zahl von Petitionen oder Beschwerden ist, haben regionale Politiker und Beamte unlautere Methoden entwickelt, um ihre Statistiken zu schönen. Namen von Antragstellern werden nicht registriert oder nachträglich gelöscht, Beschwerdeführer werden inhaftiert oder in Arbeitslager oder psychiatrische Anstalten gebracht. Manche Beamte heuern sogar private Firmen an, um vermeintliche Rädelsführer zu überwachen oder wegzusperren. (Godement 2012)
- Derartige Maßnahmen beschränken sich allerdings nicht nur auf Bürger. Auch Mitglieder der Kommunistischen Partei riskieren willkürliche Sanktionen, sobald sie in

Ungnade fallen. Sie werden entsprechend dem „*shuanggui*“-System einem eigenen Verfahren unterzogen, das hauptsächlich darin besteht, derartige Parteimitglieder in Lager zu verbringen und deren Kontakt zur Außenwelt zu unterbinden. Ren Jianming, Prof. an der Tsinghua Universität, schätzt die Zahl der Parteimitglieder, die zurzeit wegen Fehlverhalten unter *shuanggui*-Bedingungen festgehalten werden, auf etwa 140.000 Personen (The Economist 2012).

Dieses ordnungspolitisch autoritäre Gesamtprozedere ist nicht neu. Es hat prominente Vorgänger. So wurde auch Mao Tse-tung eine Art „integrative“, proto-konfuzianische Führungsrolle attestiert. Allerdings resultierte sein Regime letztlich ironischerweise fast in der völligen Zerstörung jeglicher Ordnung und des sozialen Zusammenhalts. Die Vernichtung sämtlicher staatlicher Strukturen unter Mao wird auch in Hinblick auf das Rechtssystem deutlich: 1979 gab es in China weniger als 2.000 Anwälte und nur mehr zwei funktionierende juristische Fakultäten (Horsley 2006). Das war die kümmerliche Basis, auf der Deng Xiaoping begann, einen moderneren, offeneren Staat zu entwickeln.

11 Rechtsstaat China? Bemühungen und Hindernisse

Zwanzig Jahre später wurde das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit in der Verfassung verankert. Seitdem wurden mehr als 200 diesbezügliche Gesetze erlassen oder novelliert. Chinas wirtschaftlicher Aufstieg und vor allem auch sein Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) im November 2001 machte eine umfassende Revision sämtlicher Gesetze insbesondere im Wirtschaftsbereich notwendig. Dies führte zu einer generellen Modernisierung des Rechtssystems.

Die entsprechenden Gesetzesnovellen beinhalten einige Meilensteine, die grundsätzlich als Fundament für ein Rechtssystem, das Partizipation und Rechtssicherheit gewährleistet, dienen könnten (vgl. Horsley 2006):

- 1989 beschloss der Nationale Volkskongress, Chinas gesetzgebende Autorität, das *Administrative Litigation*-Gesetz (ALL), das Chinesen erstmals das Recht einräumte, Regierungsstellen zu verklagen, wenn deren Handlungen Rechte und Interessen der Bürger verletzen. Obwohl im Gesetz politisch und sozial sensible Fälle bewusst ausgespart sind, wurde die Einführung von westlichen Beobachtern als Schritt in Richtung Rechtsstaatlichkeit bewertet.
- Mit dem 1996 eingeführten *Administrative Penalties*-Gesetz wurde das Konzept eines „ordentlichen Verfahrens“ etabliert, und damit unter anderem das Recht auf zeitgerechte Information oder das Recht auf Anhörung vor der Urteilsfällung.
- Sukzessive wurden auch Maßnahmen ergriffen, um den Gesetzgebungsprozess als solchen transparenter zu gestalten. Vor allem auf lokaler Ebene sind die regionalen Verwaltungen nun angehalten, Gesetzesentwürfe zu veröffentlichen. Ein Vorreiter ist hier die Stadtverwaltung von Guangzhou (Hauptstadt der südlichen Guangdong-Provinz), die 2006 eine Verordnung erlassen hat, welche die Veröffentlichung von Gesetzesentwürfen und die Möglichkeit zur Kommentierung durch die Öffentlichkeit verpflichtend macht.

- Seit 2005 wurden mehr als 3.000 so genannte „Rechtshilfe-Kliniken“ eingerichtet, die vor allem einkommensschwache Bürger unterstützen sollen, wenn diese in Fällen von Arbeitsrecht, Diskriminierung, Familienstreitigkeiten, Umsiedlungen usw. Einspruch erheben wollen. Obwohl diese Einrichtungen von der Bevölkerung gut angenommen werden, scheitern die „Kliniken“ selbst bislang meist an der willkürlichen Gesetzesauslegung durch die Behörden und haben daher wenig Durchsetzungskraft.
- Mit Anfang 2013 wird eine Strafrechtsnovelle in Kraft treten, die erstmals einem relativ breiten Konsultationsprozess unterzogen wurde. Teile davon sind nach wie vor umstritten. Jedoch hat sich die Tonalität der begleitenden Öffentlichkeitsarbeit insofern geändert, als das Gesetz nach offizieller Lesart dazu dienen soll, die „Grundrechte der Bürger“ zu schützen – und damit nach Ansicht von Dissidenten und Intellektuellen die Ansätze einer zivilgesellschaftlichen „Mini-Verfassung“ in sich birgt.

Die meisten dieser – an sich vielversprechenden – Ansätze kommen bislang allerdings noch nicht angemessen zum Tragen, weil interne Hemmnisse die Entwicklung zur Rechtsstaatlichkeit unterlaufen. Schwache juristische Institutionen, permanente Einmischung der Kommunistischen Partei in Rechtsverfahren, schlecht ausgebildete und unterbezahlte Richter, widersprüchlich formulierte Gesetzesnovellen verhindern die landesweite, nachhaltige Umsetzung an sich bereits vorhandener gesetzlicher Vorgaben. Die chinesische Führung scheint sich dieser Defizite bewusst und erklärt sich seit 2008 auch bereit, „wertvolle ausländische Erfahrung zu berücksichtigen“ (China State Council Information Office 2008), auch wenn dies ihrer Meinung nach nur unter chinesischen Gesichtspunkten stattfinden kann.

Diese faktische Einladung zur Beteiligung an der Etablierung von Rechtsstaatlichkeit in China wird vom Westen bislang zwiespältig betrachtet. Das hat seine guten Gründe. Einerseits lässt die tatsächliche Umsetzung von Rechtsstaatlichkeit durch die jetzige – und vermutlich auch die kommende – chinesische Führung wenig substantiellen Veränderungswillen erkennen und wirkt dementsprechend nicht vertrauensbildend. Andererseits bestehen auch in den Ländern der westlichen Hemisphäre zum Teil Widerstände gegen Hilfeleistungen an China. Paul Gewirtz, Prof. an der Yale Law School und Gründer des Yale China Law Center, erinnert in seinen Aufzeichnungen über die „U.S.–China Rule of Law Initiative“ unter Präsident Bill Clinton in den Jahren 1997 und 1998 daran, dass Hürden für eine derartige gemeinsame Anstrengung nicht nur auf chinesischer Seite errichtet wurden (Gewirtz 2003). Denn nach der Ausarbeitung eines gemeinsamen Statements der beiden Regierungen scheiterte die Umsetzung daran, dass der U.S. Kongress die Finanzierung der Initiative nicht bewilligte. Angesichts der im U.S.-Präsidentenwahlkampf 2011–2012 artikulierten China-feindlichen Sentiments, die teilweise durch Äußerungen im Brüsseler EU-Parlament gespiegelt werden, wäre ein ähnliches Szenario heute sowohl in den USA als auch in Europa denkbar.

12 Die Option einer aufbauenden „Schritt-für-Schritt“-Stufenperspektive im Rahmen eines moderaten Realismus: Vision oder Möglichkeit?

Insgesamt gilt: Die chinesische soziale Ordnung steht derzeit genauso zur Disposition wie alle anderen globalen Ordnungen. Darin ist China nicht allein. Europa durchlebt nun schon seit mehr als sechs Jahren eine nie dagewesene Finanz-, Wirtschafts-, politische und Identitätskrise. In den USA zeigte sich im Wahlkampf 2011–2012 mehr denn je eine zunehmend extreme soziale und ideologische Polarisierung der Gesellschaft. Aber auch bislang als unumstößlich geltende Systeme im Mittleren Osten, Lateinamerika oder Afrika geraten ins Wanken. Die ganze Welt scheint im Umbruch, und China ist da in den Jahren des Machttransfers 2012–2013 keine Ausnahme. Das zu realisieren, wird ein wichtiger Bestandteil der Kur der heutigen „Post-Empire“-Depression des Westens auf dem Weg zu einem ausgleichs- und integrationsfähigeren Selbstbewusstsein der kommenden Jahre sein.

Chinas Gesellschaft befindet sich heute in einer entwickelten „Post-Einheitsstaat“-Phase, in der die Spannungen zwischen konkurrierenden ideologischen Gruppierungen ein Niveau erreicht haben, das zu offenen Konfrontationen führen kann. Während traditionsbewusste autoritäre Eliten ihre Positionen verteidigen, hat sich eine Front zwischen Partei und militärisch-industriellem Block gebildet, in dem das Militär massiv auf eine expansive Politik drängt und damit auch Einfluss auf die Machtkämpfe im Rahmen des Generationenwechsels, aber auch auf Chinas Außenpolitik nimmt (Chan 2011). Das bisherige chinesische Modell eines „halbherzigen Kommunismus“, der durch eine Mischung aus autoritärer Führung gepaart mit konfuzianischen Moral- und Wertvorstellungen jahrzehntelang für eine gewisse Befriedung sorgte, scheint spätestens seit 2012 in seinen Grundfesten erschüttert.

Der einflussreiche Journalist und Autor Ma Licheng, der sich in seinen zahlreichen Kommentaren und Debattenbeiträgen vor allem den Fragen der Öffnung und Reform Chinas während der letzten 30 Jahre widmet, hat für das heutige China acht ideologische Trends identifiziert:

Die rasante Entwicklung der chinesischen Wirtschaft ist in hohem Maße dem Deng-Xiaoping-Denken geschuldet. Die ‚Alte Linke‘ und die ‚Neue Linke‘ rufen nach einer Kulturrevolution. Der Liberalismus tritt aus dem Schatten, um gleich wieder in die Enge gedrängt zu werden. Der demokratische Sozialismus fasst gerade erst Fuß. Nationalismus und Populismus stimmen gemeinsam gewalttätige Töne an. Und der ‚Neue Konfuzianismus‘ will Konfuzius wieder zum Lehrer der Nation erheben (...) Diese Kakophonie und der Konkurrenzkampf, der zwischen den verschiedenen ideologischen Strömungen herrscht, lässt China eine neue Frühlings- und Herbstperiode zugleich durchleben. (Ma 2011)

An dieser Fülle der miteinander im Streit stehenden ideologischen Strömungen beunruhigt Ma vor allem eines: „Was uns Angst machen sollte, ist die Tatsache, dass dadurch die rationalen Stimmen in den Hintergrund gedrängt werden, und dass nicht aktiv an einer vernunftbasierten Veränderung gearbeitet wird“ (Ma 2011).

Aber welche Chance hat nun tatsächlich eine moderat-realistische Position für die chinesische Liberalisierungs- und Demokratisierungsdebatte? Aus unserer Sicht können in

der Beantwortung dieser Frage so genannte (und meist unterbewertete) Nebenaspekte eine deutlich wichtigere Rolle spielen als der, wenn auch politisch korrekte, Ruf nach „Demokratie jetzt“. Zu diesen Nebenaspekten gehören:

1. *Die Debatte um eine „resiliente Gesellschaft“*: In den USA wird diese mittlerweile auch oft ergänzt um den Begriff einer „erfolgreichen Gesellschaft“ (*successful society*) des globalisierten 21. Jahrhunderts. Diese Debatten beginnen heute auch in den intellektuellen-Kreisen Chinas Fuß zu fassen. Da in ihnen Innovation und pragmatischer Modernisierungserfolg nicht nur mittels des Einschlusses von Nachhaltigkeit, sondern in natürlicher Weise auch durch den Grad von Partizipation, Kreislauffähigkeit von Wissen und Gestaltung sowie zivilgesellschaftliche Vorstellungen definiert wird, helfen sie dabei, Rechtsstaatlichkeit, aber auch allgemein Basisbeteiligung über den Umweg gesellschaftlicher Effizienzsteigerung in Führungskreisen salonfähig zu machen.
2. *Der Minderheiten-Druck*: Die ungelösten Fragen Tibet und Uiguren beziehungsweise der zahlreichen, institutionell bislang nicht berücksichtigten ethnischen und sprachlichen Minderheiten wird zu einer wachsenden kulturellen Bürde der chinesischen Entwicklung, welche die Führungsgeneration ab 2013 nur schwer wird weiter ignorieren oder wie bisher durch simple „Gleichschaltung“ befrieden können. Dass sich allein in den 4 Monaten zwischen Juli und Oktober 2012 12 Selbstverbrennungen von Tibetern ereigneten, wird mittels der neuen Kommunikationstechnologien, welche Totschweigen immer schwerer machen, zusehends zu einer allgemeinen sozialpsychologischen Last für die chinesische Bildungsbürgerschaft, welche das Internet nützt und vielfach in ihrem Umfeld meinungsmachend wirkt. Das Gesamtbild zeigt, dass die jahrzehntelang versuchte kommunistische Assimilationspolitik mittels Gebrauch des Konfuzianismus als „kulturelles“ Anpassungs- und Eingliederungsinstrument zwar viele Einzelerfolge zeitigte, insgesamt aber inzwischen definitiv gescheitert ist.
3. *Der demographische Druck*: Sobald Chinas Mittelstand eine ausreichende demographische Sättigung erreicht haben wird, wird sich Demographie vom Stärkepunkt der Einheitspartei allmählich umkehren und schleichend, aber immer stärker gegen die bestehende Autorität wenden. Demographie kommt dann erst voll zum Tragen in Punkto Innovation, Kreativität, Produktivität und Widerstandsfähigkeit. Erste Anzeichen sind bereits heute in den wachsenden Protesten gegen die Ein-Kind-Politik sowie die dabei angewandte Ungleichheit zwischen Kadern und Bevölkerung erkennbar. Das ist keine gute Nachricht für die Herrschenden.

Die junge, aber rasch an Anerkennung gewinnende Disziplin der kontextbezogenen politischen Analyse (die zunehmend auch von chinesischen Autoren unterstützt wird, weil diese in traditionellen politikwissenschaftlichen Analysebegriffen im Hinblick auf China kaum in Richtung Rechtsstaat weiterkommen) geht davon aus, dass derartige Nebenaspekte oder Randthemen der klassischen Politik zunehmend an Bedeutung gewinnen (Tilly und Goodin 2006). Sie kann darüber hinaus für viele dieser Aspekte integrierend wirksam werden, weil sie in „natürlicher“ Weise multidisziplinär operiert. Aber werden diese Nebenaspekte, die bislang vom Westen vernachlässigt werden, helfen können, wirklich einen schrittweisen, jedoch konkreten demokratiepolitischen Fortschritt unterstützen können?

Aus unserer Sicht lässt sich für die Zeit nach dem Machttransfer 2012–2013 im Sinn eines gemäßigten Realismus *mittelfristig* ein Stufenmodell der Entwicklung als zielführender Zugang ableiten, und zwar ausdrücklich ohne Kompromisse bezüglich des *langfristigen* Ziels, der Volldemokratie:

- *Erstens*: die Entwicklung des bestehenden halbkommunistischen Systems hin zu einem konsequent, d. h. systemisch verwirklichten „Meta“-Kommunismus;
- *Zweitens*: Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit;
- *Drittens*: Entwicklung und Stabilisierung von Grundelementen illiberaler Demokratie;
- *Viertens*: Arbeit an einer kontext- und kulturadäquaten Demokratisierung.

Letztere kann sich unseres Erachtens nur auf dem Boden der drei vorangehenden Schritte entfalten. Genau diese Kausalitätsauffassung könnte sich als hilfreich erweisen. Sie sollte davon ausgehen, dass eine zu schnelle Entwicklung von autoritär zu demokratisch ohne Umweg über „illiberal“ (Zakaria) zu vorhersehbaren Regressionen (oder gar: „gescheiterten Staaten“, „*failed states*“) führt, die bei einem kontinuierlichen, stufenweisen Gang vermieden werden können.

Die neue „Spezialbeziehung“ („*special relationship*“) der zwei Gewinnerstaaten der gegenwärtigen Phase der Globalisierung, d. h. zwischen Deutschland und China unter aktiver Umgehung paneuropäischer und amerikanischer Interessen (Kundnani und Parello-Plesner 2012; ECFR 2012), die sich seit 2011 immer intensiver aus bilateralen Interessen heraus gestaltet (mit fünf Besuchen Angela Merkels und Guido Westerwelles in China innerhalb eines Jahres) könnte hier möglicherweise durchaus Impulse für eine „andere Transition“ geben – gewollt oder ungewollt. Sie könnte zu einer Hilfe in Richtung Rechtsstaat geraten, die zwar vielleicht von keiner der beiden Seiten weder intendiert noch gewünscht wurde, sich aber faktisch aus der intensivierten Zusammenarbeit ergibt. Sie könnte sich damit faktisch aus gesellschafts- und entwicklungspolitischer Sicht als „trojanisches Pferd“ wider Willen für Chinas Machthaber erweisen – ironischerweise ungeachtet der „ideologischen Neutralität“ der deutschen Bundesregierung unter Angela Merkel.

13 Ausblick: Plädoyer für die Stärkung der innerchinesischen Debatte am Überschneidungspunkt zwischen Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung

Kritiker dieses stufenweisen Vorgehens könnten zu Recht argumentieren, dass dieser vierdimensionale, realistisch-moderate Ansatz

- *Erstens* zu lange dauert;
- *Zweitens* zu China-freundlich ist;
- *Drittens* zu kompliziert ist und damit Gefahr läuft, dass er
- *Viertens* scheitert, bevor überhaupt erste erkennbare Erfolge erzielt werden.

Dies alles ist denkbar. Das Ergebnis einer moderaten Vorgangsweise ist keineswegs gesichert, wie dies generell in Fragen der politischen Antizipation nicht der Fall ist. Doch im Vergleich ist auch der bisherige Politikansatz mit Forderungen nach „Demokratie jetzt“

und fundamentalen politischen Reformen in China durchaus hinterfragbar, was seinen Realitätssinn und seine Effizienz anbelangt.

Die von westlichen Politikern häufig reflexartige erhobene Forderung, dass China eine Demokratie werden muss, um Konfrontationen im pazifischen Raum zu vermeiden, ebenso wie neue globale Handels- oder Währungskriege, steht in Kontrast zur Weigerung des Westens, China bei solchen Bemühungen ernsthaft zu unterstützen. Wenn es um die Demokratisierung Chinas geht, scheinen westliche Regierungen insgesamt eher eine „ganz oder gar nicht“-Haltung zu vertreten, die – teilweise auch von innenpolitischen oder medialen Zwängen getrieben – von China mehrheitlich als „aggressiver Realismus“ eingestuft wird, und zwar ganz im Gegensatz zum „moderaten Realismus“, der zumindest formal von der Obama-Administration und anderen westlichen Demokratien propagiert wird (vgl. Clinton 2011). Dass die Forderung des Westens nach Demokratie in einem Atemzug mit „kluger Zurückhaltung“ vor jeglicher „Einmischung“ in Chinas innere Angelegenheiten verkündet wird, hat einen Beigeschmack von Bigotterie, der von den chinesischen Eliten sehr genau wahrgenommen wird.

Auf der anderen Seite trägt Chinas aggressives Verhalten im pazifischen Raum gegen die USA, Japan, Südkorea, die Philippinen und andere Anrainerstaaten wenig zur Vertrauensbildung und damit zu einem ernsthaften Austausch in Hinblick auf „wertvolle ausländische Erfahrungen bei der Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit“ bei. Chinas Widersprüchlichkeiten und innere Spannungen sowie die aktuelle politische Übergangsphase machen das Land bei seinen Nachbarn zu einem unsicheren Zeitgenossen mit eher geringer Glaubwürdigkeit.

Ungeachtet dieser ungünstigen Ausgangslage auf allen Seiten findet in China selbst – unbeachtet von einer breiteren westlichen Öffentlichkeit – jedoch bereits seit einigen Jahren ein intensiver Diskurs über die politische Zukunft des Landes statt, wie unter anderem Mark Leonard in seinem Buch „Was denkt China?“ (2009) darzustellen versuchte. Als eine der wenigen Institutionen, die es sich zum Anliegen gemacht haben, diese Diskussion zumindest ansatzweise im Westen nachvollziehbar zu machen, veröffentlicht die Brookings Institution Schriften namhafter chinesischer Intellektueller und Wissenschaftler, unter ihnen Yu Keping, Vizedirektor des *Compilation and Translation Bureau of the Central Committee* und Prof. für Politikwissenschaft an der Peking Universität. 2006 publizierte Yu Keping einen Artikel mit dem Titel „Democracy is a good thing“ (Yu 2009), der für heftige Debatten in China sorgte und von sämtlichen namhaften Zeitungen abgedruckt wurde. Yu bringt darin eine durchaus differenzierte Einstellung zu Demokratie zum Ausdruck, die an Winston Churchill erinnert und vermutlich nicht auf einhellige Befürwortung im Westen stößt. Er schreibt programmatisch: „Demokratie erfordert Aufgeklärtheit. Sie bedarf der Rechtsstaatlichkeit, der Autorität und manchmal auch der Nötigung, um die soziale Ordnung aufrecht zu erhalten“ (Yu 2009).

Der Westen sollte, wenn er in der gegenwärtigen Phase nicht von außen helfen will, zumindest diese innerchinesische Debatte – in welcher *in nuce* die zeitgenössisch noch immer weit unterschätzte Debatte um eine spezifisch chinesische Form von Aufklärung (Zhang 2010; Benedikter 2012b) implizit enthalten ist – aktiv und kompromisslos unterstützen. Trotz oder gerade wegen der typisch chinesischer Mehrdeutigkeit dieser Aussage zwischen „Rechtsstaatlichkeit“ und „Nötigung“ – und auch und gerade dann, wenn es

„nur“ um Rechtsstaatlichkeit und noch nicht im westlichen Sinne um Demokratisierung geht. Denn erstere ist die Voraussetzung für letztere.

Das zeigt unter anderem das Beispiel Taiwan, welches ein eigenes Thema für eine vertiefte Betrachtung wäre. Obwohl Taiwan seltsamerweise in der europäischen Diskussion kaum als Vorbild für die Entwicklung auf dem chinesischen Festland, einschließlich Rechtsstaat und Demokratisierung, vorkommt, hätte es doch wichtige Lehren zu bieten. Interessanterweise würde die Mehrheit seiner 23 Mio. Einwohner heute den Grund dafür, warum Taiwan das weltweit erfolgreichste „Wendekreis des Krebses“-Land und eines der reichsten und technologisch innovativsten Länder ist, obwohl es nach dem Zweiten Weltkrieg eines der ärmsten der Welt war, auf zweierlei Weise beantworten: 1) Wegen der bestehenden, langfristig stabilen Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit; 2) Wegen des kulturellen chinesischen Erbes. Für die überwiegende Mehrheit der Taiwanesen gibt es keinen Zweifel, dass die Kombination dieser beiden Faktoren – und nur sie – Erfolg garantiert. Was bedeutet das für den Fall China?

Es bedeutet, dass Chinas Demokratisierung selbstverständlich das Ziel des Westens bleiben sollte. Aber dazu ist eine Schritt-für-Schritt-Strategie notwendig. Der Weg vom autoritären Staat zur Demokratie führt über den Zwischenschritt des illiberalen, halb-demokratischen Rechtsstaats.

Wir sehen also zusammenfassend für die Zeit nach dem Machttransfer 2012–2013 eine Doppelperspektive für am vergleichsweise zielführendsten an:

1. *Mittelfristig* für einen gemäßigten Realismus gegenüber überzogenen Hoffnungen, das heißt für ein Stufenmodell der Entwicklung in Richtung Rechtsstaat, und zwar
2. Ausdrücklich ohne Kompromisse bezüglich des *langfristigen* Ziels: Volldemokratie.

Wichtig ist dabei vor allem: Die bereits begonnene innerchinesische Debatte findet eben genau am Überschneidungspunkt zwischen Rechtsstaats- und Demokratisierungsdebatte statt. Sie ist deutliches Zeichen einer schwer aufhaltbaren Entwicklung, die den *status quo* in Frage stellt. Und sie wird als solche zweifellos nicht nur nationale, sondern auch globale Konsequenzen haben. Sie ist in jedem Fall von großer Bedeutung und kann gleichzeitig auch für westliche Beobachter eine Quelle der Inspiration und vor allem der Erkenntnis über die neue „G-2“-Macht werden. Die Debatte ist aber vor allem auch ein deutliches Spiegelbild der „Zwischen-Phase“, in der sich China befindet – widersprüchlich, kontrovers, auf der Suche nach Identität.

Zahlreiche Symptome deuten darauf hin, dass in China heute vieles in Bewegung gerät, darunter maßgeblich auch das Rechtssystem und die Rechtssicherheitsdebatte. Für China sind das Fortschritte, auch wenn die Demokratisierungsdebatte im engeren Sinn noch nicht greift. Doch gegenüber überzogenen Fortschrittshoffnungen warnte bereits John F. Kennedy 1957 in einem Artikel für das Magazin „Foreign Policy“: „Wir sollten uns hüten, uns im Umgang mit China politisch eine Zwangsjacke umzulegen – weitgehend aus Ignoranz der Hintergründe, und weil wir die Veränderung der Situation nicht erkennen.“ (Kennedy, zit.n. Kissinger 2011, S. 44) Aus unserer Sicht gilt das auch für die westliche Perspektive auf das China des generationalen Machttransfers 2012–2013.

Literatur

- Beech, Hannah. 2012. Big brotherhood. *Time Magazine* 22. Okt. 2012. <http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,2126667,00.html>. Zugegriffen: 30. Okt. 2012.
- Benedikter, Roland. 2012a. *Abkehr von Europa? Obama gegen Romney: Hintergründe und Perspektiven für Europa bis 2016*. Hannover: Heinz Heise.
- Benedikter, Roland. 2012b. The enlightenment. In *The encyclopedia of global studies*, vol. 1, Hrsg. Helmut K. Anheier und Mark Juergensmeyer, 484–488. London: Sage.
- Benedikter, Roland. 2012c. Die neue globale Konstellation: China und die USA auf Kollisionskurs? *Blätter für deutsche und internationale Politik* 56 (11) i.E.
- Benedikter, Roland, und Jae-Seung Lee. 2012a. Does China want to buy up Europe? Europe's crisis and China's reluctant rise. *The European Business Review* March/April: 30–31.
- Benedikter, Roland, und Jae-Seung Lee. 2012b. China fürchtet die Selbstaufgabe des Westens. *Die Welt* 23. Jan. 2012. <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article13829594/China-fuerchtet-die-Selbstaufgabe-des-Westens.html>. Zugegriffen: 30. Okt. 2012.
- Chan, Minnie. 2011. Military going hi-tech on a leaner budget. *South China Morning Post* 9. Feb. 2011. <http://www.scmp.com/article/737673/military-going-hi-tech-leaner-budget>. Zugegriffen: 30. Okt. 2012.
- China State Council Information Office. 2008. China's Efforts and achievements in promoting the rule of law. *White Paper*, 28. Feb. 2008. http://www.china.org.cn/government/news/2008-02/28/content_11025486.htm. Zugegriffen: 30. Okt. 2012.
- Clinton, Hillary. 2011. America's pacific century. *Foreign Policy*, Nov. 2011. http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/10/11/americas_pacific_century. Zugegriffen: 30. Okt. 2012.
- dpa-AFX. 2012. *Obama ruft wegen Chinas Autoexport-Subventionen WTO an*. 17. Sept. 2012. http://wirtschaft.t-online.de/obama-ruft-wegen-chinas-autoexport-subventionen-wto-an/id_59615536/index. Zugegriffen: 29. Okt. 2012.
- European Council on Foreign Relations (ECFR). 2009. *Can the EU rebuild failing states? A review of Europe's civilian capacities*. http://ecfr.eu/content/entry/civilian_capacities_report_page. Zugegriffen: 29. Okt. 2012.
- European Council on Foreign Relations (ECFR). 2012. *Germany and China strengthen „special relationship“ with joint cabinet meeting*. ECFR News for Associates 28. Aug. 2012.
- Focus online. 2012. *Politiker-Sohn starb bei Sex-Orgie im Ferrari*. 5. Sept. 2012. http://www.focus.de/politik/ausland/mysterioeser-unfall-in-china-politiker-sohn-starb-bei-sex-orgie-im-ferrari_aid_813692.html. Zugegriffen: 30. Okt. 2012.
- Foreign Policy. 2011. *The failed states index 2011*. <http://www.foreignpolicy.com/failedstates>. Zugegriffen: 29. Okt. 2012.
- Gewirtz, Paul. 2003. The U.S.–China rule of law initiative. *William & Mary Bill of Rights Journal* 11 (2): 603–621. <http://scholarship.law.wm.edu/wmborj/vol11/iss2/5>. Zugegriffen: 30. Okt. 2012.
- Godement, François. 2012. Introduction. In *Control at the Grassroots: China's New Toolbox*, Hrsg. China Analysis June 2012, 1–2. Paris: ECFR und Asia Centre. http://www.ecfr.eu/page/-/China_Analysis_Control_at_the_Grassroots_June2012.pdf. Zugegriffen: 30. Okt. 2012.
- Guangcheng, Chen. 2012. How China flouts its laws. *The New York Times*, 29. Mai. 2012. <http://www.nytimes.com/2012/05/30/opinion/how-china-flouts-its-laws.html>. Zugegriffen: 30. Okt. 2012.
- Hamburger Abendblatt. 2012. *Washington sendet Flugzeugträger ins Südchinesische Meer*. 22. Okt. 2012. <http://www.abendblatt.de/politik/ausland/article2412220/Washington-sendet-Flugzeugtraeger-ins-Suedchinesische-Meer.html>. Zugegriffen: 29. Okt. 2012.
- Horsley, Jamie P. 2006. *The rule of law in China: Incremental progress*. Center for Strategic & International Studies. http://csis.org/files/media/csis/pubs/0604_cbs_papers.pdf. Zugegriffen: 30. Okt. 2012.

- Jacobs, Andrew. 2012. In China, Gu Kailai's reprieve reinforces cynicism. *The New York Times*, 20. Aug. 2012. <http://www.nytimes.com/2012/08/21/world/asia/in-china-gu-kailais-reprieve-reinforces-cynicism.html?pagewanted=all>. Zugegriffen: 30. Okt. 2012.
- Jacques, Martin. 2009. *When China rules the world. The end of the western world and the birth of a new global order*. New York: Allen Lane/Penguin.
- Jellici, Giorgio. 2012. Liao Yiwu. Il pacifista cinese che sfida la Cina. *Alto Adige*, 21. Okt. 2012: 38.
- Jochim, Christian. 2006. Popular religion in mainland China. In *The Oxford Handbook of Global Religions*, Hrsg. Mark Juergensmeyer, 125 ff. Oxford: Oxford University Press.
- Kissinger, Henry. 2011. *On China*. New York: Penguin Books.
- Kundnani, Hans, und Jonas Parello-Plesner. 2012. *China and Germany: Why the emerging special relationship matters for Europe*. ECFR Policy Brief 55, May 2012. London. http://ecfr.eu/page/-/ECFR55_CHINA_GERMANY_BRIEF_AW.pdf. Zugegriffen: 30. Okt. 2012.
- Kurier Wien. 2012. *Obama stoppt Bau von Windparks durch China*. 29. Sept. 2012. <http://kurier.at/wirtschaft/4513941-obama-stoppt-bau-von-windparks-durch-china.php?rss=kurier>. Wirtschaft.Feed. Zugegriffen: 29. Okt. 2012.
- Kynge, James. 2009. West miscasts Tiananmen protesters. *Financial Times*, 03. Juni. 2009. <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/0d3c9c04-5059-11de-9530-00144feabdc0.html#axzz25mX5Fh44>. Zugegriffen: 30. Okt. 2012.
- Leonard, Mark. 2009. *Was denkt China?* München: dtv.
- Leonard, Mark. 2012. The end of the affair. Four years after Barack Obama's landmark Berlin speech, the transatlantic alliance is fading fast. What went wrong? *Foreign Policy* 24. Juli 2012. http://www.foreignpolicy.com/articles/2012/07/24/the_end_of_the_affair. Gesehen 29. Okt. 2012.
- Ma, Licheng. 2011. 当代中国八区社会思潮 (*Acht ideologische Trends im heutigen China*). Peking. Übersetzung von Ingrid Fischer-Schreiber (9. Okt. 2012). <http://yingeli.net/2012/10/ma-licheng-aacht-ideologische-trends-im-heutigen-china/>. Zugegriffen: 30. Okt. 2012.
- Nyitray, Vivian-Lee. 2006. Traditional chinese religious society. In *The Oxford Handbook of Global Religions*, Hrsg. Mark Juergensmeyer, 115 ff. Oxford: Oxford University Press.
- Ramzy, Austin. 2012. Fang Lizhi. An Obituary. *Time* 23. Apr. 2012: 13.
- Rotberg, Robert I. 2002. Failed states in a world of terror. *Foreign Policy*, July/August. <http://www.foreignaffairs.com/articles/58046/robert-i-rotberg/failed-states-in-a-world-of-terror>. Zugegriffen: 29. Okt. 2012.
- Sandel, Michael J. 2009. *Justice. What's the right thing to do?* New York: Farrar, Straus and Giroux.
- Spiegel online. 2012. *Chinesischer Vizepräsident ist wieder aufgetaucht*. 15. Sept. 2012. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/china-vizepraesident-xi-jinping-zeigt-sich-in-der-oeffentlichkeit-a-855962.html>. Zugegriffen: 30. Okt. 2012.
- The Economist. 2012. *Policing the party*. 01. Sept. 2012. <http://www.economist.com/node/21561895>. Zugegriffen: 30. Okt. 2012.
- Tilly, Charles, und Robert E. Goodin. 2006. It depends. In *The Oxford Handbook of Contextual Political Analysis*, Hrsg. Robert E. Goodin und Charles Tilly, 3–32. Oxford: Oxford University Press.
- Visetti, Giampaolo. 2009. Cina, Guerra al pop straniero "tradurre le canzoni online". *La Repubblica*, 11. Sept. 2009. <http://www.repubblica.it/2009/09/sezioni/tecnologia/musica-digitale/cina-musica/cina-musica.html?ref=search>. Zugegriffen: 29. Okt. 2012.
- Yu, Keping. 2009. *Democracy is a good thing. Essays on politics, society, and culture in contemporary China*. Washington, D.C.: Brookings Institution.
- Zhang, Wei. 2010. *What is enlightenment? Can China answer Kant's question?* Albany: State University of New York Press.